

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Sofortprogramm ohne Chancen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1983) : Sofortprogramm ohne Chancen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 3, pp. 106-107

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135772>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Sofortprogramm ohne Chancen

Die von Willy Brandt geleitete „Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ hat kürzlich ihren zweiten Bericht vorgelegt. Hauptanlaß für diese Arbeit war die tiefe Sorge der Beteiligten um die Menschheit insgesamt und insbesondere um das Schicksal der Bevölkerung in der Dritten Welt. Deshalb wird ein Sofortprogramm vorgeschlagen, mit dessen Hilfe die bereits heute als unerträglich empfundene Situation verbessert und katastrophale Fehlentwicklungen verhindert werden sollen. Dies ist ohne Zweifel verdienstvoll. Dennoch kann es nicht bedeuten, daß die Analyse und die Empfehlungen der Kommission deshalb ungeteilten Beifall finden müssen.

Auch der zweite Bericht geht von der These aus, daß die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft in erster Linie von den Industriestaaten verursacht sind. Er beklagt die ungünstigen Auswirkungen der amerikanischen Hochzinspolitik auf die Entwicklungsländer und die infolge der Rezession rückläufige Nachfrage nach Rohstoffen. So richtig dies ist, so sehr vermißt man die Betrachtung der anderen Seite der Medaille. Dem Report fehlt die kritische Durchleuchtung der in vielen Fällen laxen und ineffizienten Wirtschaftspolitik der Regierungen in den Staaten der Dritten Welt und die Analyse ihrer Konsequenzen. Man wird den Problemen dieser Welt nicht gerecht, wenn Fehler der reichen Länder grundsätzlich überzeichnet und Mängel in Entwicklungsländern immer wieder übergangen werden. Die Kommission vergibt durch diese einseitige Art der Betrachtung von vornherein die Möglichkeit, wichtige Ansatzpunkte zur Selbsthilfe in den Entwicklungsländern herauszuarbeiten. Das Schwergewicht des vorgesehenen Programms wird zwangsläufig auf Hilfe der Industriestaaten und internationaler Einrichtungen gelegt.

So überrascht es nicht, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen wenig Neues enthalten. Es handelt sich im Prinzip um eine Zusammenstellung der Forderungen, die seit Jahren in internationalen Gremien und im Rahmen der Bestrebungen zur Einrichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung diskutiert werden. Dabei gibt es eine Reihe von Punkten, denen vorbehaltlos zuzustimmen ist. Aber auch bei ihnen ist zu vermerken, daß auf die zu ihrer Verwirklichung notwendige Unterstützung durch die Entwicklungsländer zu wenig eingegangen wird. So sind beispielsweise Anstrengungen zum Abbau des immer stärker werdenden Protektionismus dringend erforderlich. Aber es wäre angebracht gewesen, wenn die Kommission diese Forderung nicht nur an die Industriestaaten, sondern auch an die Schwellenländer und andere hoch protektionistische Entwicklungsländer gerichtet hätte. Ähnliches gilt für die geforderte Steigerung privater Direktinvestitionen in Entwicklungsländer. Hier besteht für die Unternehmen aus westlichen Industriestaaten noch immer ein großer Spielraum. Um jedoch solche Investitionen wirklich dauerhaft in einem großen Umfang realisieren und ihre Vorteile nutzen zu können, ist es auch erforderlich, daß die Entwicklungsländer ihrerseits ein Investitionsklima schaffen, das ausländische Unternehmen nicht abschreckt. Dies müßte in einem Bericht, der sich an Entwicklungs- und Industrieländer richtet, deutlicher zum Ausdruck kommen.

Mit wenig Zustimmung von seiten der Industriestaaten werden alle diejenigen Vorschläge zu rechnen haben, die Wachstum in der Dritten Welt auf Kosten eines erneuten Anstiegs der Inflationsraten schaffen wollen. Da der von der Kommission als erforderlich angesehene Ka-

pitalbedarf der Entwicklungsländer in der gegenwärtigen Situation nur zu einem geringen Teil durch direkte Transfers aus den Industriestaaten gedeckt werden kann, präsentiert sie einmal mehr die Idee der Geldschöpfung durch Schaffung zusätzlicher Sonderziehungsrechte und ihre Verteilung an die bedürftigen Länder. Daß dies weder eine sinnvolle noch eine dauerhafte Lösung sein kann, wurde oft nachgewiesen.

Ebensowenig verständlich wie derartige Empfehlungen erscheint auch der Rückgriff auf Maßnahmen, die den Marktmechanismus im Welthandel durch rigide Preisfixierungen weitgehend außer Kraft setzen würden. Man kann nicht einerseits den Protektionismus der Industriestaaten anprangern und gleichzeitig durch das Plädoyer für die Regulierung der Rohstoffmärkte dem Dirigismus Tür und Tor öffnen. Dies wirkt zumindest ungerneimt.

Problematisch ist bei allen Vorschlägen nach einem erhöhten Ressourcentransfer die ihnen zugrunde liegende Unterstellung einer engen wirtschaftlichen Interdependenz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Danach führe ein erhöhter Ressourcentransfer in die Dritte Welt dort zu mehr Wachstum und zu einer Steigerung der Nachfrage nach Exporten aus den Industriestaaten. Über die Ausfuhrsteigerung komme es in der Folgezeit zu einer Belebung der westlichen Volkswirtschaften und zu einer Expansion der Nachfrage nach Rohstoffen und anderen Erzeugnissen der Entwicklungsländer. Auf diese Weise lasse sich die gesamte Weltwirtschaft ankurbeln und auf dauerhaftes Wachstum programmieren.

Bei dieser einfachen Wirkungskette werden jedoch eine Reihe von wichtigen Nebenbedingungen übersehen. So ist es nämlich keineswegs sicher, daß zusätzliches Kapital wirklich zu Wachstum führt. Entscheidend ist letztlich die Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer. Sie ist auch ausschlaggebend dafür, ob eine nennenswerte zusätzliche Nachfrage nach Gütern aus Industrieländern eintritt. Bei stärkerer Konzentration der Entwicklungsländer auf eine grundbedürfnisorientierte Strategie ist es wahrscheinlich, daß sich die zusätzlichen Importwünsche, wenn überhaupt, so kaum an die Industriestaaten richten. Dies gilt auch, wenn bewußt eine Politik der Importsubstitution betrieben wird. Außerdem ist hinsichtlich der strukturellen Auswirkungen einer erhöhten Importnachfrage keineswegs gewährleistet, daß in den Industrieländern auf diese Weise wirklich dauerhaft die Wachstumsindustrien belebt werden. Und schließlich stellt sich die Frage, ob eine wirkungsvolle Ankurbelung der Weltwirtschaft nicht zweckmäßiger auf der Basis eines gemeinsamen Aktionsprogramms innerhalb der führenden Industriestaaten stattfinden sollte, statt auf die positiven Effekte unsicherer Rückflußquoten der eigenen Kapitaltransfers zu hoffen.

Die Kommission ist in dieser Frage eindeutig von den UN-Vorstellungen beeinflusst. Dies trifft in einem noch stärkeren Maße für die Vorschläge zur Trägerschaft des anvisierten Sofortprogramms zu. Das Eintreten für den sogenannten Globaldialog, bei dem alle Fragen aus den Bereichen Handel, Währung, Finanzen, Industrialisierung, Landwirtschaft, Energie etc. in einem Gremium behandelt werden, beschwört jedoch die Furcht vor einem administrativen Institutionen-Alptraum herauf. Denn mit der Erweiterung des Themenkreises dürfte sich der Verwaltungsapparat in unerträglichem Maße aufblähen, ohne daß damit eine Steigerung seiner Effizienz verbunden wäre. Demgegenüber wirkt die Anregung, wichtige Fragen vorab in einem kleinen Kreis einflußreicher Industrie- und Entwicklungsländer zu klären, wesentlich sinnvoller. Doch auch dabei ist keineswegs gesichert, ob die nicht teilnehmenden Regierungen aus Nord und Süd sich durch Beschlüsse eines solchen Gipfels überhaupt binden lassen. Vor allem aufgrund der stark unterschiedlichen Interessenlage innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer und des Fehlschlags der Konferenz von Cancun erscheint Optimismus in diesem Zusammenhang kaum angebracht.

Die Kommission wollte mit dem zweiten Report die Welt aufrütteln. Aber sie hat eine Chance vergeben, weil sie sich nicht aus den Klischeevorstellungen der internationalen Entwicklungspolitik lösen konnte oder wollte. Zusammenarbeit zwischen Süden und Norden zum beiderseitigen Vorteil ist nur dann erfolversprechend, wenn alle Beteiligten sich in die Weltwirtschaft einfügen. Dies bedeutet, daß die Entwicklungsländer ihre eigene Politik stärker als je zuvor rational gestalten müssen, um ihr eigenes Potential mobilisieren und ausschöpfen zu können. Denn Unterstützung von außen kann nur ergänzend und nicht dauerhaft gegeben werden.